

ANTRAG

der Abgeordneten Cerwenka, Dworak, Ebner, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kernstock, Mag. Kögler, Mag. Leichtfried, Mag. Motz, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Sacher, Mag. Stiwicek, Thumpser, Vladyka und Weninger

betreffend Erarbeitung eines Landesbildungskonzeptes

Ein hochwertiges Bildungssystem ist eine der wesentlichsten Grundlagen für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Weiterentwicklung unseres Landes. Die letzte größere Strukturänderung im Pflichtschulbereich gab es in Niederösterreich mit der Schaffung der Bildungsregionen und der Einsetzung von Bildungsmanagern, die jedoch nach ersten Erfahrungen bereits wieder einen Evaluierungsbedarf aufweisen. Daneben gibt es auch immer wieder Interessenskonflikte zwischen den Eltern und den Schulerhaltern im Bereich der Schulsprengel der allgemeinbildenden Pflichtschulen.

Auch der Bundesrechnungshof bemängelt in seinem jüngsten Bericht über die Schulaufsichtsorgane, dass es seit dem Jahr 1999 auf keiner Ebene der Schulaufsicht gelungen ist, ein geeignetes System zur Datenbringung zu schaffen und damit gegebenenfalls steuernd eingreifen zu können, um so eine einheitliche Qualitätssicherung zu gewährleisten. Daneben bemängelt der Rechnungshof, dass ihm kein einziger regionaler Bildungsplan vorgelegt werden konnte. Zu den in Niederösterreich geschaffenen Bildungsregionen wird empfohlen, dieses Modell nach einer Einführungsphase zu evaluieren.

Mit den aktuellen Lösungsansätzen zur Schaffung neuer Standorte für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen sollen regionale Defizite bei der Ausstattung des Landes mit höheren Schulen ausgeglichen werden. Diese Beispiele zeigen sehr deutlich, dass es zweckmäßig und notwendig erscheint, eine landesweite Planung der Strukturen in allen Bildungsbereichen in Form eines Landesbildungskon-

zeptes zu schaffen. Daneben sind auch auf Bundesebene Reformen im Verwaltungsstrukturbereich vorgesehen, die in einem Landesbildungskonzept ihren Niederschlag finden müssten.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung und unter Einbindung der betroffenen Interessensgruppen und der politischen Entscheidungsträger ein Niederösterreichisches Landesbildungskonzept erstellen zu lassen und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen sowie eine Evaluierung der Bildungsregionen vorzunehmen.

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Schulausschuss zur Vorbereitung zuzuweisen.